

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN

8. Wahlperiode

Enquete-Kommission

„Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“

Kommissionsdrucksache

8/75-1

28. November 2023

INHALT:

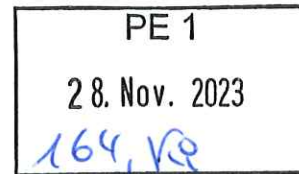
Änderungsantrag der Fraktionen SPD und DIE LINKE

zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**- Kommissionsdrucksache 8/75 –
eingegangen am 28.11.2023**

**Informationen zu den Themen der Enquete-
Kommission im Entwurf des Doppelhaushalts
2024/2025 durch die Landesregierung**

ÄNDERUNGSANTRAG
der Fraktionen SPD, DIE LINKE



zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Kommissionsdrucksache 8/75 -

**Informationen zu den Themen der Enquete-Kommission im Entwurf des Doppelhaushaltes
2024/2025 durch die Landesregierung**

Die Enquete-Kommission „Jung sein in MV“ möge beschließen:
Der Antrag wird wie folgt geändert:

1. Das Datum „am 8. Dezember 2023“ wird durch Datum „19. Januar 2024“ ersetzt.
2. Das Datum „8. Dezember 2023“ wird durch das Datum „19. Januar 2024“ ersetzt.

Die Jahreszahl „2024/25“ wird durch die Worte „zum Themencluster 2“ ersetzt.

3. „Die Mitglieder“ wird durch die Formulierung „Insbesondere die nichtparlamentarischen Mitglieder“ ersetzt.

Der Antrag wird des Weiteren um einen vierten Punkt ergänzt:

4. Haushaltspolitische Informationen zu künftigen Themenclustern werden im Rahmen der jeweiligen Befragung der Landesregierung behandelt.


Mandy Pfeiffer und Fraktion


Christian Albrecht und Fraktion

Begründung

In der Debatte zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen wurde vorgebracht, dass es den nichtparlamentarischen Mitgliedern nicht möglich sei, die mit dem Haushalt gegebenen Möglichkeiten für die Entwicklungsmöglichkeiten der der Enquetekommission mit Einsetzungsbeschluss vom 10. März 2022 übertragenen Themenfeldern abzuleiten. Dies ist nachvollziehbar.

Um diesen inhaltlichen Ansatz zu befördern, wird der Vortrag der Landesregierung auf das aktuell zu bearbeitende Themencluster begrenzt. Die parlamentarischen Mitglieder haben den Haushaltsentwurf in der zweiten Jahreshälfte 2023 ausführlich debattiert. Eine erneute Debatte soll die Kommissionssitzung nicht überfrachten, sondern mit dem Bericht der Landesregierung soll das erreicht werden, was begehrt wird: Die Erweiterung des Erkenntnisinteresses der nichtparlamentarischen Mitglieder. Deshalb soll das Fragerecht denjenigen Mitgliedern vorbehalten sein, die bisher nicht die Chance dazu hatten, zum Doppelhaushalt Fragen zu stellen.